

Agrarpolitik 2011: ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Für die Bauern wird es noch enger

Weniger Bundesgelder, mehr Wettbewerb, Höfe liquidieren, Grenzschutz abbauen: Mit der Agrarpolitik 2011 müssen Bauern noch mehr bluten. Wie drei Seeländer Landwirte mit der Existenzfrage umgehen.

DENISE GAUDY

Manchmal habe er schon schlaflose Nächte, wenn er an die Zukunft denke, sagt der 40-jährige Bauer Ulrich Tiefenbach, Besitzer eines 16 Hektaren grossen gemischten Landwirtschaftsbetriebs in Studen und Vater zweier Kleinkinder. Aber: «Demonstrieren bringt nichts, schon gar nicht finanziell.» Gegensteuer geben könne man einzig auf politischer Ebene mittels Vernehmlassung, so der SVP-Grossrat. Sein Motto: positiv und in grösseren Zusammenhängen denken: «Wenn ich nur an meine Schulden denke und daran, dass wir keine grossen Sprünge machen können, hätte ich allen Grund zu jammern. Wir sind aber nicht die einzigen, denen es schlecht geht. Immerhin können wir uns dank den Direktzahlungen über Wasser halten. Wir haben Freude an unserem Beruf und sind selbstständig. Das ist Lebensqualität.»

Jammern bringt nichts

Die soziale Verträglichkeit der Agrarpolitik 2011 des Bundesrats stellt Ulrich Tiefenbach weniger in Frage: «Führen wir uns doch vor Augen, dass wir in der Schweiz immer noch auf einem hohen Niveau jammern. Unser Sozialhilfenetz ist so stark, wie kaum anderswo.» Angst und bang werde ihm höchstens, wenn er daran denke, dass seine Eltern dereinst pflegebedürftig werden könnten: «Wir leben von der Substanz und haben kein Geld für Extras.» Auch nicht klagen will die Epsacher Bäuerin Béatrice Struchen, die als SVP-Frau ebenfalls im Kantonsparlament sitzt: «Wir haben Arbeit zu einem tie-



Manchmal schlaflose Nächte: Der Studener Bauer Ulrich Tiefenbach, Besitzer eines 16 Hektaren grossen Landwirtschaftsbetriebs und Vater zweier Kleinkinder. Bild: Patrick Weyeneth

fen Lohn. Angestellte dagegen wissen nie, wann sie den blauen Brief bekommen.» Das Problem der Bauern sei nicht der Bund mit seiner Agrarpolitik, sondern vielmehr «die Slalomfahrt der Grossisten. Sie verlangen laufend etwas anderes – einmal sollen wir Offenställe bauen und kurze Zeit später stellen sie wieder andere Forderungen. Es ist uns doch nicht möglich, dauernd zu investieren.» Struchen denkt, wie Tiefenbach, nicht zu weit in die Zukunft. Immerhin: Ihr Sohn ist in der Lehre als Landwirt. Selber hat die 44-Jährige indes vor zwei Jahren eine Handelsschule absolviert. «Man weiss ja nie», sagt sie.

Soziale Verträglichkeit

Keinen Nachfolger für seinen 15-Hektaren-Ackerbau-Betrieb hat der 50-jährige Landwirt Heinz Siegenthaler aus Rüti. Er lebe von der Substanz, könne keine Investitionen mehr tätigen und werde es noch schaffen, bis

zum Pensionsalter seinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Dann wird Rüti um einen weiteren Bauernhof ärmer: «Der Strukturwandel erfolgt, das haben wir alle eingesehen. Er wäre aber sozial verträglicher, wenn der Bund beispielsweise steuerrechtlich Beihilfe leisten würde; etwa wenn ein 62-jähriger Landwirt seinen Betrieb aufgeben will», kritisiert der SVP-Grossrat. Punkto sozialer Verträglichkeit gibt Béatrice Struchen einen anderen Aspekt zu bedenken: «Die aktuelle Agrarpolitik hat zur Folge, dass immer mehr Bäuerinnen gezwungen sind, auswärts zu arbeiten. Das hat zur Folge, dass betagte pflegebedürftige Familienangehörige nicht mehr wie früher zu Hause betreut werden können. Ganz zu schweigen von der Belastung dieser Frauen, die oftmals nachts auswärts arbeiten und tagsüber auf dem Hof gebraucht werden.»

Gegen die Massnahme des Bundes, Marktstützungsmittel in

Direktzahlungen umzulagern, hat Heinz Siegenthaler eigentlich nichts. Er kritisiert aber: «Der Bund müsste Landwirte vermehrt für Innovation belohnen. Vor 25 Jahren lehrte man die jungen Bauern, möglichst ertragsreich zu produzieren. Später, als die Überproduktion eintrat, belohnte man sie für Dämpfungsmassnahmen. Heutzutage verlangt man von ihnen Unternehmertum und marktorientierte Produktion, unterstützt sie aber immer noch für Extensivierung.» Auch Ulrich Tiefenbach findet die Umlagerung der Direktzahlungen nicht schlecht. Jeder Betrieb müsse eine individuelle Lösung finden: «Wir gehen beispielsweise z'Marit, vermieten eine Zweitwohnung im Bauernhaus und mein Grossratsmandat ist auch ein willkommener Nebenerwerb.»

Folgen für die Gesellschaft

Und wie wird sich die Schwei-

zer Landwirtschaft mittelfristig präsentieren? «Nicht viel anders als jetzt», sagt Ulrich Tiefenbach. «Vor allem kleine Milchbetriebe werden weiter verschwinden, das ist nicht neu: 1950 zählte Studen 31 Milchlieferanten, heutzutage gibt es noch deren zwei.» Grössere Änderungen prophezeit Heinz Siegenthaler: «Ein Freund von mir hat in Frankreich einen 240 Hektaren grossen Ackerbaubetrieb; für dortige Verhältnisse ein leicht zu bewältigender Familienbetrieb. Unsere Landwirtschaft steuert in diese Richtung. Eines steht fest: Mit dieser Tendenz verliert die Schweiz an politischer Stabilität, denn Bauern waren traditionsgemäss immer politisch aktiv.» Und Béatrice Struchen: «Mit dem Verlust von Familienbetrieben wird es kaum mehr Kinder geben, die auf dem Bauernhof aufwachsen. Das ist ein Verlust für die ganze Gesellschaft, denn diese Kinder haben gelernt zu arbeiten.»

SVP Seeland

Nein zu weniger Steuern

Die Wahlkreisreform stellt die SVP Seeland vor den Grossratswahlen 2006 vor Probleme. Klar ist ihr Nein zur Steuersenkungsinitiative.

UELI KÄNZIG

Elisabeth Zölch hatte ein leichtes Spiel. Die Berner Volkswirtschaftsdirektorin war von den Delegierten des SVP-Landeskreis Seeland nach Aarberg eingeladen worden, um die ablehnende Haltung des Regierungsrates zur Steuersenkungsinitiative zu begründen. Mit einer Fülle von Folien unterstrich sie ihre Aussagen, dass der Steuerausfall von jährlich 400 Millionen Franken vor allem auf dem Buckel der ländlichen Gebieten kompensiert werden müsse. «Die Initiative hat einen völlig falschen Ansatz. Sie kostet viel, hat aber kaum Wirkung», betonte Zölch zudem.

Grossrat Andreas Blank hatte in Aarberg zwar ein Heimspiel, dem geschickten Auftritt Zölchs jedoch wenig entgegenzusetzen. «Die Wirtschaftsverbände haben die Initiative portiert, um Druck auf die Berner Regierung zu machen», betonte das Mitglied des Initiativkomitees. Weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat sei aber fähig gewesen, einen vernünftigen Gegenvorschlag zur Initiative zu machen. «Deshalb gibt es keine Alternative zur Initiative, selbst wenn diese auch für mich zu weit geht.»

Eindeutig zu weit geht sie für Blanks Rats-Kollege Heinz Siegenthaler. Die Initiative sei rückwirkend auf den 1. Januar 2005 gültig, was unrealistisch sei. «Wir wollen alle weniger Steuern zahlen. Bis die Massnahmen der Initiative aber möglicherweise greifen, haben wir erneut einen immensen Schuldenberg angehäuft.» Mit 41 zu 5 Stimmen entschieden sich die Seeländer Delegierten deutlich für die Nein-Parole.

Trotz des klaren Resultats ist das Seeland gespalten. Die SVP der Amtskreise Biel und Erlach hatten sich zuvor für die Initiative ausgesprochen. Diese Spaltung könnte für die Grossratswahlen im nächsten Jahr zum Problem werden. Denn das Seeland stellt nur noch einen Wahlkreis dar. Früher hatte jeder Amtskreis seine Parlamentarier auf sicher. «Wir müssen auf wenige, aber bekannte Kandidaten setzen», forderte Landeskreis-Präsident Charles Aebersold. Unterstützt wurde er vom Geschäftsführer der SVP des Kantons Bern, Christoph Neuhaus: «Die Wahlen leben davon, wie bekannt die Kandidaten sind.»

Schulräume neu vergeben

«Stimmt nicht», sagt Ueli Scheurer. «Auch die anderen drei Kindergärten lassen sich mit geringem Aufwand so umbauen, dass sie den Ansprüchen der Basisstufe genügen würden», sagt er. Werde der Kleinfeld-Kindergarten geschlossen, sei der Raum ja nicht verloren. Gegenwärtig könnte ein zusätzlicher Schulraum als Gruppenarbeitsraum gut gebraucht werden. Überdies werde die Basisstufe frühestens 2010 eingeführt; welche Konsequenzen die Umstellung im Einzelnen haben werde, könne noch nicht abgeschätzt werden. «Und wenn die Basisstufe kommt, werden die Schulräume ohnehin neu gemischt.»

Um für sein Anliegen Gehör zu finden, will Meier nun im Gemeinderat lobbyieren. Er wolle nicht die politischen Lager gegeneinander ausspielen, sagt er. Aber als letzte Möglichkeit schliesst er auch politische Vorstösse nicht aus.

Lengnau: IMMER WENIGER KINDER

Drohende Schliessung eines Kindergartens

Die Kinderzahlen in Lengnau sinken. Für einen Kindergarten könnte dies die Schliessung bedeuten. Darüber, welcher dies sein wird und welche Räume die Basisstufe benötigt, ist man sich nicht einig.

THOMAS UHLAND

In Lengnau hat der Storch immer weniger zu tun. Dass es immer weniger Kinder gibt, spüren auch die Kindergärten im Dorf: Die Kinderzahlen nähern sich seit einigen Jahren jener Grenze, welche die Schliessung von einem der heute noch vier Kindergärten bedeuten würde.

Für das Schuljahr 2005/06 ist Gemeinderat und Ressortleiter Schule Ueli Scheurer noch optimistisch: «Wenn sich prozentual gleich viele Kinder für den Kindergarten anmelden wie in den vergangenen Jahren, stehen die Chancen gut, dass die Schuldirektion vier Klassen bewilligt.»

Immer weniger Kinder

Weniger rosig sieht es hingegen

in den kommenden Jahren aus. In Lengnau wohnen derzeit 76 Kinder, die im kommenden Sommer ins Kindergartenalter kommen. 71 Kinder werden es im folgenden Sommer sein, in den Jahren danach sinken die Zahlen stetig. «Es könnte schon sein, dass ein Kindergarten geschlossen wird», sagt Scheurer. Und wenn, weiss er auch schon, welchen: den Kindergarten Kleinfeld, der ein Schulzimmer im Parterre des Kleinfeld-Schulhauses belegt.

Für diesen Entscheid gebe es verschiedene Gründe, erklärt Scheurer. Einerseits sei es überhaupt nicht optimal, wenn der Kindergarten im Schulhaus untergebracht sei, wo sonst 1.- bis 4.-Klässler zur Schule gehen. Bis vor wenigen Jahren habe die Gemeinde dafür Jahr für Jahr eine Ausnahmegewilligung beantragen müssen. Das Schulhaus sei nicht für so kleine Kinder eingerichtet – bis hin zur Höhe der Toiletten.

Andererseits habe die Gemeinde erst vor drei Jahren eine Viertelmillion Franken für die Renovation des Kindergarten-Pavillons an der Bürenstrasse ausgegeben. «Es war für uns klar: Wenn wir den Pavillon Büren-



Das Kleinfeldschulhaus: Angeblich für einen Kindergarten nicht optimal. Bild: Olivier Gresset

strasse renovieren, wird gegebenenfalls der Kindergarten Kleinfeld geschlossen», sagt Scheurer. Die Kindergärten Kleinfeld und Bürenstrasse liegen nur etwa 300 Meter auseinander.

Wenn die Basisstufe kommt

Über diese Argumentation schüttelt Roland Meier den Kopf. «Man muss doch nach drei Jahren auch sagen können, dass sich die Situation verändert hat», sagt der Vater einer Zweitklässlerin

und eines Kindergärtelers, der sich gegen die Schliessung des Kleinfeld-Kindergartens engagiert. Man dürfe sich nicht nur auf die Kinder ausrichten, die in einem halben Jahr ins Kindergartenalter kommen, sondern müsse längerfristig denken.

In den kommenden Jahren will der Kanton das Projekt Basisstufe umsetzen. Der Kindergarten und die ersten zwei Schuljahre sollen durchlässig, und die Kinder gemäss ihren Begabungen und Nei-